

32. Parteitag der CDU Deutschlands

22. bis 23. November 2019, Leipziger Messe

CDU

Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Bundesministerin
Annegret Kramp-Karrenbauer

TAGESORDNUNGSPUNKT 8

Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Bundesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer

Nun bekommst du das Wort, liebe Annegret, zu deinem Bericht.

(Beifall)

Annegret Kramp-Karrenbauer, Vorsitzende der CDU: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wir treffen uns heute hier zu unserem 32. Bundesparteitag, einem Parteitag, der in Leipzig stattfindet. Das macht diesen Parteitag zu etwas Besonderem; denn Leipzig ist etwas Besonderes gerade in diesem Jahr: 30 Jahre Fall der Berliner Mauer. Wenn man wissen will, wo die ersten Risse dieser Mauer stattgefunden haben, dann muss man hierher kommen. Das war genau hier in Leipzig. Es waren die Menschen, die sich in der Nikolaikirche zu Friedensgebeten getroffen haben. Es waren die, die dort den geschützten Raum genutzt haben und ein Vorbild gegeben haben – das wurde heute Morgen in der Kirche angesprochen –, das viele andere Kirchen in der damaligen DDR aufgenommen haben. Aber es waren nicht nur die Menschen, die dort für Frieden gebetet haben. Es waren auch die Menschen, die danach auf die Straße gegangen sind, obwohl sie die Bilder vom Platz des Himmlischen Friedens in Peking vor Augen hatten, obwohl sie nicht wussten, ob sie von den Demonstrationen gesund zurückkommen, obwohl sie nicht wussten, ob sie nicht anschließend in einem Stasigefängnis landen, obwohl sie erfahren mussten, dass noch zwei Tage vor dem Fall der Mauer, am 7. Oktober, Menschen niedergeknüppelt und inhaftiert wurden. Aber es war ihr Mut, der die Mauer zum Einsturz gebracht hat. Es war ihr Mut, der uns die Einheit gebracht hat. Liebe Freundinnen und Freunde, das war die glücklichste Stunde in der deutschen Geschichte. Ich lasse mir das von niemandem schlechtreden und von niemandem nehmen. Das sollten wir uns alle miteinander nicht nehmen lassen.

(Beifall)

Es war die glücklichste Stunde. Nach dieser glücklichsten Stunde, nach dem Traum von Freiheit, der, wie es Altbundespräsident Gauck einmal formuliert hat, wenn man in die Verantwortung kommt, sehr viel schwerer umzusetzen ist als das, was man träumt, kam für viele Menschen die Wende. Ich will als jemand, der aus dem Westen der Republik kommt, sagen: Wir beschweren uns heute schon an der einen oder anderen Stelle, wenn im Alltag etwas nicht so läuft, wie wir das gerne möchten, wenn wir etwas verändern müssen, wenn etwas nicht in den Terminkalender passt. Wir Westdeutsche können uns gar nicht vorstellen, was die Wende für diese Menschen bedeutet hat. Ganze Biographien von fleißigen, von aufrechten Bürgerinnen und Bürgern, waren auf einmal nichts mehr wert. Viele hatten ihren Arbeitsplatz verloren, mussten umschulen, für kleines Geld arbeiten und ihre Heimat verlassen. Das war die Leistung der Wende. Auch wenn wir heute im Zusammenhang mit der Grundrente über manche reden, die kleine Alterseinkommen, kleine Renten auch deshalb haben, weil sie sich nach der Wende, nachdem ihr Arbeitsplatz wegrationalisiert wurde, sich nicht hingeworfen haben und nicht auf Sozialhilfe ausgerichtet haben, sondern für ganz wenig Geld gearbeitet haben, weil sie selbstständig bleiben wollten und deshalb nun eine kleine Altersrente haben, dann gebietet es der Respekt vor dieser Lebensleistung, dass wir diesen Menschen heute die Anerkennung für diese Lebensleistung zollen.

(Beifall)

Heute – das haben wir gerade bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg schmerzhaft erlebt – sind viele unterwegs, die sich über alles beklagen, die schlechtreden, die Angst machen und nörgeln. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, gerade hier in Sachsen, wo die CDU von Anfang an immer Verantwortung getragen hat und das bis heute tut, sind diesen Miesmachern und diesen Nörglern die Männer und Frauen der CDU, die sich jeden Tag anstrengen – an ihrer Spitze Michael Kretschmer –, entgegengetreten. Sie haben ihre Haltung bewahrt. Sie haben für Offenheit gekämpft, für Optimismus. Sie haben gesagt: Ja, das ist kein einfacher Weg. Aber wir haben schon so viel erreicht und werden noch mehr erreichen. – Damit, lieber Michael, hast du ganz alleine hier die Wahl in Sachsen gewonnen. Dafür gebühren dir unser aller Dank und unser aller Respekt.

(Beifall)

Leipzig ist für die CDU ein besonderer Ort. Es ist nicht der erste Parteitag, den wir hier durchführen. Vieles ist auch im Vorfeld über diesen Parteitag berichtet worden: Die Revolution findet statt; der Aufruhr und auch das, worüber wir uns unterhalten oder worüber wir uns nicht unterhalten. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, manchmal zeigt der Blick in die Annalen, dass manche Debatte, die wir – das gebe ich zu – nach einem schwierigen Jahr und in dem Gefühl führen, dass es noch nie so schwer war, CDU-Politik zu machen, sich relativiert. Ich schaue mir den Parteitag 2011 an und die Vorberichterstattung in der Presse: Es war die Rede von der Stunde der Nörgler, die gesagt haben, dass die CDU so stromlinienförmig und so leer geworden ist. Heute kommt das sprachlich etwas eleganter daher. Es heißt, wir seien inhaltlich insolvent. 1997 hat die Junge Union kraftvoll gefordert, Helmut Kohl müsse als Parteivorsitzender endlich aufhören. Heute wird das sprachlich gewandter als Führungsfrage auf das Tableau gebracht. Liebe Freundinnen und Freunde, das gab es schon immer in der CDU. Dass wir heute hier als große starke Volkspartei stehen, zeigt: Wir halten solche Diskussionen aus. Wir lassen uns nicht in den Ruin hineinschreiben. Das ist wichtig, und das ist das Signal, das auch heute von diesem Parteitag ausgehen muss.

(Beifall)

Es gab den Parteitag 2003, als Deutschland sich in einem sehr schlechten Zustand befand, einen Parteitag, als wir in der Opposition waren und zum Sprung in die Regierung angesetzt haben, einen Parteitag, auf dem die damalige Bundesvorsitzende Angela Merkel gesagt hat: Die CDU ist die Partei, die die programmatische Kraft, den geistigen Führungsanspruch und den Gestaltungswillen hat, um Deutschland nach vorne zu bringen. – Liebe Freundinnen und Freunde, zwei Jahre später – nicht ganz so glanzvoll, wie uns das die Demoskopiker vorhergesagt hatten, aber trotzdem – haben wir Verantwortung in Deutschland übernommen, ist Angela Merkel zu unserer Bundeskanzlerin gewählt worden. Auch das sage ich an dieser Stelle: Es waren und sind 14 gute Jahre für Deutschland. Darauf können wir alle miteinander stolz sein.

Natürlich ist nicht alles gelungen. Wer könnte das schon von sich behaupten?

Aber eines will ich an dieser Stelle schon einmal sagen: Als die Partei, die diese Regierung prägt, sollten wir, wenn wir die Debatte führen, stets im Blick haben, dass unsere Politik uns in diesen 14 Jahren eine der längsten und erfolgreichsten Wohlstandsphasen beschert hat, die wie jemals in unserer Geschichte erlebt haben. Unsere Partei sollte sich dann nicht hinstellen und sagen: Liebe Leute, das, was in den letzten 14 Jahren passiert ist, war alles falsch und alles schlecht. – Ihr seid doch alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Ich kann mir nicht vorstellen, wie man Wahlkampf machen will, wenn man den Bürgern sagt: Alles, was wir gemacht haben, war schlecht. Aber wir wären schon froh, wenn ihr uns noch einmal wählt, damit wir es noch 14 Jahre weitermachen können. – Das ist keine erfolgreiche Wahlkampfstrategie, und das sollten wir uns erst gar nicht angewöhnen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Ja, es ist eine lange Ära. Und diese Ära wird enden. Angela selbst hat den Startschuss dazu gegeben, als sie im vergangenen Jahr gesagt hat, sie werde nicht mehr als Vorsitzende der CDU Deutschlands kandidieren. Deshalb betreffen die Fragen, über die wir heute sprechen, und die inhaltlichen Festlegungen, die wir heute treffen, nicht nur die nächsten Wochen und Monate. Wir reden heute über die Zukunft. Wir reden heute darüber, was wir auf den Weg bringen müssen, damit Deutschland auch in zehn Jahren ein erfolgreiches, ein gutes Land ist. Liebe Freundinnen und Freunde, es reicht nicht mehr, Reparaturbetrieb der Republik zu sein; wir müssen wieder zur Zukunftswerkstatt werden. Das ist unser Anspruch, und das wollen wir heute unternehmen – gemeinsam!

(Lebhafter Beifall)

Wie kann Deutschland in zehn Jahren aussehen? Niemand kann uns eine Garantie geben. Es sind viele unterwegs, die das Weltuntergangsszenario an die Wand

malen. Und es gibt die anderen, die sagen, alles werde gut, man brauche sich überhaupt nicht anzustrengen, mit Globuli gehe das alles ganz hervorragend.

(Heiterkeit)

Weder das eine noch das andere funktioniert.

Liebe Leute, die Zukunft ist noch nicht ausgemacht. Sie liegt in unserer Hand.

Ja, es kann uns passieren, wenn wir es heute falsch anstellen, dass wir in zehn Jahren in einem Deutschland leben, das abgehängt ist, das nicht mehr die Rolle in der Welt spielt.

Wir können stolz sein auf die Patente, die wir vor 100 Jahren in Deutschland entwickelt und angemeldet wurden. Es kann aber passieren, dass wir leider keine Patente mehr für die nächsten 100 Jahre in der Hand halten werden.

Es kann uns passieren, dass wir feststellen, dass die Regeln für den internationalen Markt, die Regeln für das Finanzwesen, woanders bestimmt werden. Es kann passieren, dass die großen Unternehmen woanders sitzen und wir eine verlängerte Werkbank geworden sind, abhängig davon, was Konzerne in den Vereinigten Staaten, in China oder sonst wo entscheiden.

Ja, es kann uns passieren, dass Menschen aus diesem Land weggehen, junge, aktive Menschen, weil sie sagen: Hier in Deutschland ist es so miesig geworden. Es braucht so lange. Es ist so schwierig geworden. Wir finden keine Kreativität vor. Wir haben keinen Platz, keine Freiheit, uns zu entfalten. Es kann sein, dass Menschen aus diesem Land weggehen, weil sie hier, auch mit Blick auf die Digitalisierung, keinen Arbeitsplatz mehr finden.

Es kann sein, dass wir, weil wir schwach geworden sind, nicht unsere Rolle in Europa spielen können. Europa muss stark sein, damit in der Welt unsere Werte und das, wovon wir so lange profitiert haben, auch für die Zukunft erhalten können. Es kann sein, dass wir Europa nicht zusammenhalten können.

Es kann sein, dass wir die Unruheherde, die es um uns herum gibt, nicht in den Griff bekommen, weil wir auch ein Stück weit zu bequem waren, um zu sagen: Auch in Afrika, auch auf diesem Kontinent, geht es um unsere Interessen. Wir müssen uns darum kümmern. Wir dürfen uns nicht auf uns allein zurückziehen. Das alles kann passieren, wenn wir es nicht richtig machen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Es kann passieren; aber es muss nicht passieren. Ob es so kommt oder nicht, liegt ein gutes Stück an uns.

Ich möchte, dass wir und diejenigen, die nach uns kommen, in zehn Jahren in einem Deutschland leben, das agil ist, das wach ist. Ich möchte, dass wir Wohlstand für alle im Sinne von Ludwig Erhard erreichen – nicht trotz Digitalisierung, sondern mit Digitalisierung.

Ich möchte, dass wir es schaffen, dass deutsche Ingenieurskunst und Dienstleistungsmentalität zu den Geschäftsmodellen werden, die weltweit konkurrenzfähig sind. Herrgott noch mal: In „Ingenieur“ steckt doch das Wort „Genie“. Das war es doch, was uns immer ausgezeichnet hat. Wir sind doch heute nicht weniger kreativ und nicht dümmer als früher. Wir müssen nur unseren Kopf wieder ordentlich und frei arbeiten lassen. Dann wird das auch etwas mit der Digitalisierung in Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte, dass „Made in Germany“ dafür steht, dass wir, ein Land, das eines der stärksten und wichtigsten in der Welt ist, uns auch um die Welt kümmern. Wir wollen von hier aus Lösungen anbieten, um Probleme auf dieser Welt zu lösen. Wir werden in Zukunft wesentlich mehr Menschen auf diesem Kontinent haben. Auch sie wollen ernährt werden, auch sie wollen gut leben.

Ehrlich gesagt, es kommt auf uns an, darauf, dass wir forschen, dass wir die richtigen Produkte und die richtigen Produktionslinien entwickeln, dass wir Antworten für Afrika geben. Wenn wir es nicht tun, liebe Freundinnen und Freunde, wer soll es dann tun? Auch das gehört zur Verantwortung Deutschlands dazu. Als wir nichts hatten, waren andere solidarisch, damit wir wieder groß werden. Heute sind wir wer, und heute

müssen wir solidarisch sein mit denen, die unsere Hilfe brauchen. Auch das ist unser Vermächtnis.

(Beifall)

Ich will, dass wir in einem Land leben, in dem die Steuerlast reduziert ist und in dem es einfacher ist, die Steuern anzumelden. Ich will, dass wir staatliche Dienstleistungen mit einem Klick auf dem Smartphone haben. Ich möchte, dass wir Europameister werden – ja, auch im Fußball, aber vor allen Dingen bei Genehmigungen, insbesondere für das Bauen. Ich habe die Nase voll davon, dass wir immer die langsamsten in Europa sind. Wir müssen an die Spitze der Genehmigungen kommen. Wir müssen mehr bauen als andere. Das ist doch unser Anspruch, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Ich will, dass wir PISA-Sieger werden. Ich will, dass junge Menschen aus aller Welt hierherkommen, weil sie sagen: In Deutschland ist etwas los. Hier lohnt es sich. Hier kann ich kreativ sein. Hier kann ich arbeiten. Hier kann ich leben.

Ich will, dass Menschen sich in ihrem Alltag wertgeschätzt fühlen und sich hier wohlfühlen.

Ich möchte, dass Kinder in den eigenen vier Wänden ihrer Familie aufwachsen können – mehr Kinder in mehr eigenen vier Wänden. Vor allen Dingen möchte ich, dass sie Eltern haben, die nicht so gestresst und unter Druck sind, sondern die Zeit für ihre Kinder haben; denn das ist das wichtigste, was man seinen Kindern geben kann.

(Beifall)

Das alles möchte ich.

Die Zukunft ist offen. So kann es werden, wenn wir – wie 2003 – uns persönlich sagen, auch heute und hier, und für uns persönlich entscheiden: Wir haben die programmatische Kraft. Wir haben den Führungsanspruch aus unseren Werten. Wir haben den politischen Gestaltungswillen, dass Deutschland so wird, und zwar so und nicht anders. Es liegt an uns, liebe Freundinnen und Freunde. Dazu rufe ich euch alle gemeinsam auf.

(Beifall)

Aber das Aufrufen ist das eine. Die Frage, was wir tun müssen, ist die Frage, die uns die Bürgerinnen und Bürger stellen, im Übrigen eine Frage, die sie wesentlich mehr interessiert als die Frage, wer bei der CDU wann wie was und wo auch immer werden kann. Sondern das sind die Punkte, wo uns die Leute sagen: Ihr seid für uns gewählt – nicht für euch selbst! – Auch das sollten wir uns an der Stelle noch einmal vor Augen führen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir waren mutig, als wir die Soziale Marktwirtschaft in unser Programm übernommen haben. Als alle anderen noch von staatlich gelenkten Dingen sprachen, haben wir gesagt: Wir setzen auf Freiheit, wir setzen auf den Einzelnen, weil die Anstrengung des Einzelnen, weil die Freiheit der beste Garant dafür ist, dass Wohlstand für alle entstehen kann.

Dieses „Wohlstand für alle“ wollen wir auch für die nächsten Jahre, und wir wollen es in einer digitalisierten Welt. Dazu müssen wir nicht nur unsere eigene natürliche Intelligenz anstrengen, sondern wir müssen auch Weltmarktführer bei der Künstlichen Intelligenz werden. Dazu brauchen wir vernetzte Produktion. Liebe Freundinnen und Freunde, Industrie 4.0 ist in Deutschland erfunden worden. Wer aber, wenn wir es nicht umsetzen, soll es dann erfolgreich in der Welt umsetzen? Wir brauchen doch keine Angst davor zu haben. Es liegt doch alles vor der Haustür. Lasst es uns doch nutzen und es umsetzen!

(Beifall)

Wir wollen das nicht, um sagen zu können: Wir haben einen guten Umsatz gemacht. – Ja, das brauchen wir auch. Aber wir wollen es, damit wir Menschen in diesem Land Arbeit geben können. Wir wissen, dass mit der Digitalisierung Arbeitsplätze wegfallen, und es wäre fahrlässig, wenn wir so täten, als ob das nicht passiert. Aber es ist unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass neue Arbeitsplätze entstehen können. Ich halte Vollbeschäftigung für ein ganz wichtiges politisches Ziel, weil Arbeit auch etwas mit der Würde des Menschen zu tun hat. Es ist mehr, als sich nur selbst zu ernähren. Es macht etwas mit dem Menschen, ob er sinnvoll beschäftigt oder ob er arbeitslos ist. Das passt zu uns, das passt zu unserem C, und deswegen: Lasst uns an der Vollbeschäftigung festhalten, auch und gerade in Zeiten der Digitalisierung!

(Beifall)

Aber lasst uns nie vergessen: Technik muss dem Menschen dienen. Ich treffe manchmal Menschen, die so begeistert von der Technik sind, dass sie auf die Frage „Warum machen wir das eigentlich?“ schon keine Antwort mehr geben können. Technik muss dem Menschen dienen. Und ich möchte, dass wir die Digitalisierung nutzen, sie auch für unsere Kinder nutzen. Wer schon einmal erlebt hat, wie das ist, wenn Kinder mit Hilfe digitaler Technik wie beispielsweise 3D-Brillen in ihrem Klassenzimmer sitzen und auf einmal – ich habe das in Paris gesehen - mitten in Versailles stehen, der weiß, dass es keine Frage des Geldbeutels der Eltern mehr ist, ob die Kinder am Klassenausflug teilnehmen können oder nicht, sondern sie auf einmal nicht nur in Gedanken, sondern in einer virtuellen Realität durch die ganze Welt reisen können. Wer das erkannt hat, der macht unter Zuhilfenahme dieser Technik aus Kindern in Deutschland Kinder, die einen offenen Blick, einen offenen Horizont haben. Das sind Kinder, die nachher andere Menschen auf dieser Welt nicht hassen, und das ist es, was wir für unser Land wollen. Das ist der Sinn unserer Bildungspolitik, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir wollen die Möglichkeiten nutzen, um körperlich entlastet zu werden. Warum machen wir, was wir in vielen technischen Berufen schon lange machen, eigentlich nicht stärker in den Pflegeberufen? Dort muss körperlich genauso schwer gearbeitet werden. Auch da können wir Hilfsmittel gut einsetzen. Und ich will, dass wir diese neue Technologie einsetzen, damit Menschen länger zuhause leben können.

Ich treffe viele, die sagen: Was soll ich eigentlich mit dem autonomen Fahren? Es war einer meiner glücklichsten Momente, als ich endlich den Führerschein hatte! Und ich fahre gern Auto. Warum soll das das Auto jetzt allein machen? – Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir wissen, dass auf dem Weg zum autonomen Fahren auch Fahrassistenzsysteme entwickelt werden und diese Fahrassistenzsysteme ein Auto in die Lage versetzen, wenn man ein gesundheitliches Problem hat, die Verkehrssituation zu erkennen, abzubremsen, rechts ran zu fahren, diese Systeme also im Zweifel darüber entscheiden, ob jemand im höheren Alter noch allein Autofahren und im ländlichen Raum in seiner Wohnung bleiben kann oder nicht, dann hat das sehr viel mit Menschenwürde, hat das sehr viel mit dem zu tun, wie wir wollen, dass Menschen leben. Und deswegen: Ja, wir sind offen für Technik. Aber sie muss dem Menschen dienen – nicht umgekehrt, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Und wir müssen die Chancen nutzen, die im Morgen liegen. Es ist gut, zu schauen, was wir heute an Produktion haben und, wo wir vielleicht etwas hinter den anderen liegen. Ja, auch da kann man den Ehrgeiz haben, aufzuholen. Aber ich finde es viel wichtiger, dass wir den Ehrgeiz haben, bei der Technologie, die morgen diese Welt bestimmen wird, die Nase vorn zu haben, und das ist die Quantentechnologie. Wir müssen Vorreiter werden beim Quantencomputer, bei den Quantennetzen, bei der Quantenkryptologie, weil das etwas mit größerer Leistungsfähigkeit zu tun hat, weil das etwas mit größerer Sicherheit zu tun hat. Das sage ich hier auch als Verteidigungsministerin: In dem Moment, wo das Quantencomputing seinen Durchbruch erlebt, in dem Moment, wo entschlüsselt werden kann, spielen Kryptologie und unsere sicheren Verteidigungssysteme keine Rolle mehr, weil sie

technologisch geknackt werden. Und dann ist die Frage der Sicherheit eine Frage dessen: Wer hat es zuerst erfunden, wer hat die Kenntnisse und wer hat die Methoden? Ich will meine Sicherheit nicht von anderen Staaten in der Welt abhängig machen. Ich will, dass wir selbst in der Lage sind, uns zu schützen, und deswegen müssen wir da alle Kraft in diesen Bereich hineingeben.

(Beifall)

Und, liebe Ursula, das kündige ich gleich schon mal an: Das werden wir nicht allein schaffen, das geht in Europa nur zusammen. Das ist ein ähnlich großes Projekt wie das, was wir bei Airbus auf den Weg gebracht haben. Aber wir müssen es genau so tun, wie wir dezentrale Systeme wie Blockchain fördern müssen, wie wir die digitale Souveränität der Bürgerinnen und Bürger fördern müssen, wie wir eine Plattform in Deutschland werden müssen. Alles das, was wir in unserer Digitalcharta heute beraten, beschließen und festlegen – dass Daten der erneuerbare Treibstoff sind, dass wir offene Schnittstellen haben –, bringt den Erfolg für die Zukunft. Und da, liebe Freundinnen und Freunde, möchte ich mich an dieser Stelle bei einem ganz herzlichen bedanken, der in diesem Bereich in Deutschland unglaublich viel arbeitet, - ein ganz Ruhiger hinter den Kulissen, man sieht ihn nicht oft, man hört ihn nicht oft, aber ohne ihn wären wir auch im Bereich der Digitalpolitik nicht so weit, wie wir sind: Lieber Helge, dir ein ganz, ganz herzliches Dankeschön! Ein unglaublich schweres Thema – aber du leistest eine ganz tolle Arbeit. Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Trotzdem sage ich auch für eine nächste Regierung: Wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben schon gar kein Zuständigkeitsproblem. Das, woran es uns mangelt, ist, dass wir es nicht genügend zusammenfassen und genügend vernetzen. Und deswegen – ich habe dazugelernt – bin ich der Auffassung: Wir kommen um ein Digitalministerium nicht herum, weil das der Nukleus ist, um diese Entwicklung voranzutreiben.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde! Innovation ist das eine, Investition ist das andere. Und ehrlich gesagt: Wir sind sehr kompliziert in Deutschland und sehr langsam, und wir arbeiten uns mühsam durch den Dschungel der Bürokratie, die – das muss man zugeben – wir selbst aufgesetzt haben. Es ist in der Tat ein Kampf gegen einen Dschungel. Immer, wenn man eine kleine Schneise geschlagen hat, ist sie hinter einem schon wieder zusammengewachsen, im Zweifel deshalb, weil wir die unnachahmliche Fähigkeit haben, in Deutschland zum Beispiel EU-Richtlinien nie eins zu eins umzusetzen, sondern immer eins-zu-eins-plus-plus-plus-plus-plus. Das gehört zur Wahrheit auch dazu.

(Beifall)

Deswegen wird es nicht reichen – und ich schätze da, was Peter Altmaier auch beim Bürokratieabbau gemacht hat –, dass wir das dritte und das vierte Bürokratieabbaupaket vorlegen.

Das, was wir brauchen, ist ein maximal intensiver Bürokratieabbau. Entweder wir legen den Schalter um für mehr Risiko, für mehr automatisierten Datenabgleich, für mehr automatisierte Verfahren, oder wir bleiben auf dem Weg in die Zukunft in diesem Dschungel stecken. Dieser Dschungel macht uns das Leben schwer, er macht uns die Entwicklung nach vorne schwer. Deswegen: Ärmel hochzukrempeln, mutig zu sein und weg mit der Bürokratie dort, wo wir sie nicht brauchen!

(Lebhafter Beifall)

Das gilt auch beim Thema Planen, Bauen und Genehmigen. Ja, da bin ich sehr dankbar, lieber Paul und auch lieber Hendrik Wüst, und all ihr anderen, die daran mitgearbeitet haben, dass wir heute auf dem Parteitag über ganz konkrete Vorschläge reden, wie das gehen kann.

Aber eines sage ich euch auch zu der gleich anstehenden Diskussion: Wir dürfen uns nichts vormachen. All diejenigen, die sonntags sagen, das müsse schneller

gehen, sind die gleichen, die dann am Montag, wenn es darum geht, auch gesetzliche Regelungen zu verändern, auch Planungsschritte oder Gerichtsverfahren zu verkürzen, die Ersten sind, die wieder mit Bedenken unterwegs sind.

Deswegen sage ich: Ja, wer Bürokratie beseitigen will, wer beim Planen und beim Bauen schneller werden will, der muss den Mut, den er sonntags hat, auch in die Woche tragen. Wir haben den Mut sonntags, wir haben den Mut in der ganzen Woche, und deswegen haben wir auch die Chance, das voranzubringen.

(Beifall)

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, es gilt ein alter Satz, bei dem ich manchmal das Gefühl habe, dass nur noch die CDU an ihn erinnert, der alte Satz, dass man tunlichst zuerst etwas erwirtschaften sollte, bevor man anfängt, es zu verteilen. Deswegen ist die entscheidende Frage für die nächsten Jahre und auch für die nächsten zehn Jahre, ob wir das, was uns stark macht, nämlich unseren industriellen Kern, unsere mittelständische Wirtschaft, erhalten können.

Das betrifft insbesondere unsere Automobilindustrie. Ja, ich freue mich, wenn Tesla hier in Deutschland eine Fabrik baut. Aber, ehrlich gesagt, freue ich mich sehr viel mehr darüber, wenn wir mit Wasserstoff, wenn wir mit synthetischen Kraftstoffen es in einer CO₂-verträglichen Weise schaffen, dass der Verbrenner weiter in Deutschland bleibt und dass er in Wolfsburg, in München und in Stuttgart gebaut wird. Das ist unser Ziel, und dafür kämpfen wir, liebe Freundinnen und Freunde.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Aber auch dafür müssen wir den Rahmen richtig abstecken. Industrie läuft nicht ohne Energie, und deswegen muss Energie verlässlich bleiben, und sie muss bezahlbar bleiben. Ich sage das an dieser Stelle ganz deutlich. Darum müssen wir in der

Perspektive dafür sorgen, dass das EEG unter Wahrung des Bestandsschutzes wieder ausläuft. Es war ein Gesetz, um erneuerbare Energien hinaus in den Markt zu bringen;

(Beifall)

aber wenn der Markt diese Energien trägt, dann muss er sie auch allein tragen. Auch das ist Grundverständnis von sozialer Marktwirtschaft; auch das sollten wir nicht vergessen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Aber ein Weiteres dürfen und sollen wir auch nicht vergessen. Wenn manche so tun, auch in unserer eigenen Partei, als ob uns das Thema Umwelt, Naturschutz, Klimaschutz nichts angehe, dann kann ich nur sagen: Das hat nichts mit CDU zu tun. Die CDU ist die Partei mit dem C im Namen; wir haben ja gestern lange darüber gesprochen. Aber das C ist keine Kosmetik. Das C ist nichts, womit man auf Twitter einmal herauf und hinunter fährt. Das C ist verdammt ernst, und das C ist eine Verpflichtung. Diese Verpflichtung heißt, nicht nur dafür einzutreten, dass es uns auf dieser Erde gut geht, sondern dass es auch denen gut geht, die woanders leben, dass es auch denen gut geht, die wir in die Welt gesetzt haben. Wir haben eine Verantwortung für diese Schöpfung. Das ist keine Erfindung von Green Peace, keine Erfindung der Grünen; das ist Politik der Nachhaltigkeit, tief im C verwurzelt, und deswegen sind wir die Partei, die dafür in einer besonderen Art und Weise Verantwortung trägt.

(Anhaltender starker Beifall)

Das bedeutet, wenn wir 2050 CO₂-neutral sein wollen, ja, dann müssen wir uns überlegen, wenn wir 2050 auch noch Industrie wollen, wie wir einen CO₂-Kreislauf gestalten können, was wir mit diesen Stoffen tun, wie wir sie so nutzen können, dass

wir sie weiter gebrauchen und nicht in die Atmosphäre freisetzen, dann müssen wir uns überlegen, mit welcher Technologie wir diese Lösungen finden.

Ich meine, jeder von uns erinnert sich noch: Michael Kretschmer hat vorhin zu Recht die Umweltverschmutzung angesprochen, die es hier gab. Dieses Problem der Umweltverschmutzung haben wir nicht mit Ideologie gelöst, nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern wir haben es am Ende dadurch gelöst, dass wir geforscht haben, dass wir entwickelt haben, dass wir so etwas wie Rauchgasentschwefelung gemacht haben und vieles andere. Technische Lösungen für Probleme dieser Welt, das ist made in Germany, das können wir, das ist unsere Stärke, und das sollten wir auch beim Thema Klimaschutz einsetzen.

(Lebhafter Beifall)

Den Sachverhalt, dass dies ein nicht einfaches Thema ist, um auszugleichen, aber ein Thema, das sehr viel mit Innovation zu tun hat, haben wir in den letzten Monaten in der Partei ernsthaft und intensiv miteinander diskutiert. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Bernd Althusmann bedanken, bei Thomas Strobl und vor allen Dingen bei Andreas Jung, die mit dem Mobilitätspapier und dem Klimaschutzpapier eine programmatische Lücke, die wir bei der Europawahl ganz schmerzhaft gespürt haben, geschlossen haben, und zwar zusammen mit der CSU. Dieses Programm ist heute Grundlage dessen, was wir in der Bundesregierung auf den Weg gebracht haben. Deswegen sage ich: Das ist Innovation, unter anderem made in Baden-Württemberg, und darauf kann man stolz sein. Ich jedenfalls bin es, dass ich so starke Mitglieder in Baden-Württemberg habe.

(Lebhafter Beifall)

Aber so, wie die Industrialisierung im letzten Jahrhundert ihre Infrastruktur brauchte, ihre Eisenbahn, ihre Straßen, so braucht die Digitalisierung heute ebenfalls ihre Infrastruktur. Deswegen: Ja, wir brauchen Glasfaser, und wir brauchen 5G, und wir

brauchen es überall. Wir müssen dafür Sorge tragen – die Anfänge sind ja gemacht - , dass wir diese Infrastruktur schnell ausrollen. Jeder Tag, an dem wir sie nicht haben, ist ein Tag, an dem wir Gefahr laufen, dass wir abgehängt werden.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, gerade 5G ist eben auch eine Sicherheitsfrage. Ich halte den Vorschlag, den wir jetzt auf dem Parteitag diskutieren werden, für einen sehr klugen, weil es auch unserem Verständnis von offener und fairer Marktwirtschaft entgegensteht, dass man Unternehmen von vornherein ausstreicht.

Die entscheidende Frage ist die Frage, auch und gerade bei 5G: Haben wir Sicherheitsstandards definiert und können wir sicherstellen, dass diese Sicherheitsstandards garantiert sind? Wenn das der Fall ist, dann kann man ein Unternehmen zulassen, und wenn es nicht der Fall ist, dann gebietet es die Verantwortung für die Sicherheit in diesem Land, dass wir es nicht tun. Das ist vernünftige Politik, und wir sind vernünftige Politiker in der CDU, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Wir wollen erwirtschaften, aber wir wissen ebenso – auch das steht in den Papieren, in den Programmen zur sozialen Marktwirtschaft: Wirtschaft dient dem Menschen. Deswegen ist Wachstum für uns auch nie ein Selbstzweck. Es ist immer auch die Frage, was wir damit machen.

Lasst mich unter diesem Gesichtspunkt, liebe Freundinnen und Freunde, auch aus aktuellem Anlass einen Punkt hier erwähnen, der mit dem Thema Strukturwandel zu tun hat, und zwar Strukturwandel, der politisch auf den Weg gebracht worden ist. Das war bei der Steinkohle aus Kostengründen so, und das ist bei der Braunkohle aus Klimaschutzgründen so. Wir haben eine gesellschaftliche Übereinkunft getroffen.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, im Wahlkampf in Sachsen und in Brandenburg war ich vor Ort in den Kohlerevieren, und es hat mich berührt, auch als ehemalige Ministerpräsidentin des Saarlandes, die 2012 das letzte Bergwerk dort geschlossen hat. Bergleute sind ganz besondere Menschen; denn sie sind in einer besonderen Solidarität aufeinander angewiesen.

Als wir den Strukturwandel bei der Steinkohle im Saarland und auch in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht haben, da war ganz klar – es gab ein großes Versprechen –: Niemand fällt ins Bergfreie, und wir sorgen dafür, dass eure Kinder vernünftige Arbeitsplätze in der Zukunft haben. – Liebe Freundinnen und Freunde, was für die Steinkohlereviere im Westen dieser Republik gegolten hat, das muss auch für die Braunkohlereviere im Osten und auch in Nordrhein-Westfalen gelten. Dazu stehen wir; auch das ist verlässliche Politik.

(Beifall)

Über kein Thema wird zurzeit so viel diskutiert wie über das Soziale; dafür sorgt schon unser Koalitionspartner. Das Soziale ist in aller Munde, und deswegen ist es wichtig, dass wir uns noch einmal klarmachen, wie eigentlich unsere Koordinaten sind, unsere Koordinaten zwischen Freiheit und Solidarität. Subsidiarität nennt man das. Es gibt einen schönen einfachen Satz: Subsidiär ist dann, wenn der Staat die Menschen in Ruhe lässt, aber nicht im Stich. – Das heißt, wir brauchen Solidarität dann, wenn Menschen nicht für sich selbst einstehen können; dann ist dieser Staat gefordert. Aber, liebe Freundinnen und Freunde – und das ist vielleicht der größte Unterschied zu den Sozialdemokraten –: Wir wollen Wohlstand für alle, aber wir wollen nicht Wohlfahrt für alle. Nicht jeder in Deutschland ist ein Bedürftigkeitsfall, und wir sollten ihn auch nicht dazu machen.

(Beifall)

Wenn wir uns ganz ernst fragen: „Gibt das unser System heute eigentlich noch her?“ Wir geben pro Jahr eine Billion Euro in diesem gesamten Bereich aus; das sind 1 000 Milliarden Euro. Ich finde schon, dass wir gerade mit Blick auf die Zukunft,

gerade auch mit Blick auf das Thema Generationengerechtigkeit diese Leistungen auf den Prüfstand stellen und noch einmal schauen müssen, ob dort, wo sie gebraucht werden, auch wirklich etwas ankommt oder ob wir dort, wo wir etwas mit der Gießkanne verteilen, vielleicht auch etwas umstrukturieren können. Der Sozialstaat kann nicht nur davon leben, dass wir immer mehr in ihn hineinschütten. Er muss auch davon leben, dass die Leistungen, dass das Geld, dass die Unterstützung zielgerichteter bei denen ankommen, die es wirklich brauchen. Auch das ist eine Aufgabe, die vor uns liegt, und dieser Aufgabe werden wir uns stellen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das ist kein Thema, das 2030 auf uns zuläuft. Das ist ein Thema, das wir schon im nächsten Jahr vor der Nase haben; denn im nächsten Jahr wird die Rentenkommission ihre Empfehlungen vorlegen, und dann werden wir über ganz grundlegende Fragen entscheiden müssen. Wir werden über die Frage entscheiden müssen, ob wir beim System der drei Säulen – gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche und private Altersversorgung – bleiben. Ich werbe sehr dafür, diese drei Säulen zu erhalten.

Wir werden darüber reden müssen, wie wir die, die erwerbsunfähig werden, schützen, ob das, was wir tun, ausreichend ist. Liebe Freundinnen und Freunde, machen wir uns nichts vor: Jeder von uns kann zu jeder Zeit von heute auf morgen erwerbsunfähig werden, ohne dass er irgendetwas dafür kann. Das ist ein echter Schicksalsschlag. Wenn es eine Situation im Leben gibt, wo der Staat wirklich gefordert ist, dann ist es diese. Deswegen: Wenn wir bei der Erwerbsunfähigkeitsrente mehr tun wollen, dann lasst uns das nächste Jahr angehen, wenn wir auch über die Ergebnisse der Rentenkommission reden werden.

(Beifall)

Ich sage es hier in aller Offenheit: Wir können die steigende Lebenserwartung nicht außer Acht lassen. Wir haben heute schon einen Korridor von Jahreszahlen, innerhalb dessen man entscheidet, wann man in den Ruhestand eintritt. Ich bin der

Meinung, dass ein solcher Korridor für die Zukunft auch Sinn macht. Wir werden immer individueller. Jeder altert anders, mit anderen Interessen, aber wir antworten immer noch mit ganz starren Grenzen und Zeiten.

Liebe Freundinnen und Freunde, mein Ziel ist es vor allem, dass wir Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, deren Löhne und deren Steuern, die sie darauf gezahlt haben, erst ermöglichen, dass wir hier in einem guten Wohlfahrtsstaat leben können, im Alter mehr zur Verfügung stellen als nur die reine Existenz. Deswegen müssen wir uns aus meiner Sicht auch von der reinen Betrachtung des Rentenniveaus etwas lösen. Wir müssen die Dinge zusammensehen und zusammendenken. Was hat jemand, der die gesetzliche Rente bekommt? Was bekommt jemand aus der betrieblichen oder einer gesetzlichen Altersversorgung noch dazu? Wie hoch sind eigentlich die Belastungen über Besteuerung und anderes? Und reicht das aus, damit Menschen am Ende ihres Lebens auch sagen können: „Ja, ich kann meinen Lebensabend damit gestalten und meinen Lebensstandard halten“? Das ist die entscheidende Frage. Die Antwort darauf schafft Vertrauen oder nicht. Das ist die Zielmarke, auf die wir hinarbeiten müssen. Um eine Antwort auf diese große Frage werden wir nächstes Jahr ringen, und zwar in einem gerechten Ausgleich zwischen den Generationen. Liebe Freundinnen und Freunde, wenn das die CDU nicht hinbekommt, dann weiß ich nicht, wer das in diesem Land noch schaffen soll.

(Beifall)

Das Gleiche gilt beim Thema Pflege; Angela hat es eben angesprochen, und ich möchte mich bei dir, lieber Jens, ganz herzlich bedanken. Denn Pflege ist ein Thema, das jede Familie in diesem Land berührt, sei es, weil man selbst Pflegeverpflichtungen hat, zum Beispiel seinen eigenen Eltern oder den Schwiegereltern gegenüber, oder sei es, weil sich viele Menschen in diesem Land Gedanken darüber machen: Wie wird das eigentlich bei mir? Ich weiß, dass es viele gibt, die sagen: Ich möchte am Ende meines Lebens meinen Kindern nicht zur Last fallen. Deswegen ist das ein höchst persönliches Thema. Es ist gut und richtig, dass wir in mehr Fachkräfte und in bessere Bezahlung investiert haben; denn das ist, ehrlich gesagt, ein unglaublich anspruchsvoller Job, in dem schon ganz schwierige

Arbeitsbedingungen herrschen. Wenn wir den auch noch schlecht bezahlen, dann werden wir niemanden finden, der diese Arbeit auch machen will.

Liebe Freundinnen und Freunde, Pflege umfasst aber eben auch mehr als nur die Qualität. Pflege ist auch die persönliche Zuwendung. Pflege ist auch das menschliche Miteinander. Und deswegen müssen wir weiterdenken. Deswegen wird es nicht reichen, nur zu sagen: „Wir müssen die Fachkraftquote verbessern“, wird es nicht reichen, nur zu sagen: „Wir schaffen noch Pflegeroboter an“. Wir müssen Netzwerke schaffen für viele ältere Menschen, die heute in diesem Land vielleicht materiell gut dastehen, aber ansonsten einsam sind. Das ist eine der größten Geißeln, die wir haben. Deswegen steht es einer CDU gut zu Gesicht, wenn wir Pflege auch über das rein Technokratische hinaus denken, wenn wir sagen: Wir wollen Netzwerke schaffen, in denen man Nähe spüren kann, die vermitteln, wo die Familie im Mittelpunkt steht, aber eben auch dort, wo keine Familie mehr vorhanden ist. Es braucht ein ganzes Dorf, um Menschen im Alter die Würde zu geben, die sie verdient haben. Deswegen ist dies für uns das Thema schlechthin. Auch darum werden wir uns in den nächsten Jahren kümmern, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Kümmern werden wir uns auch um das, was wir jeden Sonntag und in jedem Programm die Keimzelle unserer Gesellschaft nennen: um Familie. Ursula hat es vorhin angesprochen: In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist viel passiert. Sie hat noch die Studie in Auftrag gegeben, die einen Gesamtüberblick über alle Leistungen geliefert hat. Alleine beim Bund und bei den Sozialversicherungen gibt es mehr als 150 Einzelleistungen mit einem Volumen von über 200 Milliarden Euro. Aber auch hier stellt sich die Frage: Haben wir genügend Kinder in Deutschland? Warum werden bei uns eigentlich weniger geboren als anderswo in Europa? Und warum leben trotz der zur Verfügung stehenden Mittel statistisch gesehen – hinter der Statistik verbergen sich immer auch Einzelschicksale – 2,4 Millionen Kinder in Deutschland in Armut?

Liebe Freundinnen und Freunde, ich glaube, dass wir einen Perspektivwechsel in der Familienpolitik vornehmen müssen; denn die wichtigste Frage in der Familienpolitik

ist für mich die Frage: Was brauchen eigentlich unsere Kinder? Der Neurobiologe Gerald Hüther hat gesagt: „Ein Kind braucht Aufgaben, an denen es wachsen kann. Ein Kind braucht Vorbilder, an denen es sich orientieren kann. Ein Kind braucht Gemeinschaft, in der es sich aufgehoben fühlt.“ Ich sage es vielleicht altmodischer: Ein Kind braucht vor allen Dingen Liebe. Und es braucht Eltern, die Zeit haben und in der Lage sind, ihm die Zuwendung, den Schutz und die Stabilität zu geben, die es braucht. Auch daran sollten wir uns in der Familienpolitik orientieren.

(Beifall)

Lassen Sie mich an dieser Stelle eines sagen, auch sehr selbstkritisch für uns: Ich sehe sehr oft die alarmierenden Überschriften in den Zeitungen. Dann werden Parameter und Chiffren benannt, die uns in Sorge versetzen: wenn die Arbeitslosenquote steigt, wenn das Wirtschaftswachstum sinkt und wenn andere wirtschaftliche Parameter nicht so sind, wie wir das eigentlich wollen.

Aber es gibt Zahlen in Deutschland, die ich für die Zukunft viel alarmierender finde: Das sind 2,4 Millionen Kinder in Armut, das ist eine Schulabbrecherquote von über 6 Prozent, und das sind Jahr für Jahr durchschnittlich 14 000 Kinder, die sexuell missbraucht werden. Ich würde mir einmal wünschen, dass darüber in Deutschland so lange und so heftig diskutiert wird, wie wir es machen, wenn das Bruttoinlandsprodukt zurückgegangen ist. Hier sind die entsprechenden Parameter für uns selbst verrutscht. Kinder sind unsere Zukunft. Sie sind das Wertvollste, was wir haben. Auch wir müssen das in unserer Politik wieder deutlicher zum Ausdruck bringen, als wir das bisher getan haben.

(Beifall)

Lieber Ralph Brinkhaus, es macht mich stolz, dass gerade die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Fachkolleginnen und Fachkollegen ein großes Programm zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch gegen Kinder aufgelegt hat. Ich kenne keinen anderen, der das so dezidiert ausgearbeitet hat, auch im politischen Bereich. Deswegen ist das ein gutes Zeichen. Lass uns gemeinsam daran arbeiten! Solange

wir diese Zahl haben, ist das eine Zahl der Schande für Deutschland. Wir dürfen und können uns damit nicht abfinden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn wir diesen Blickwinkel einnehmen, wenn wir fragen: „Was braucht eigentlich das Kind?“, dann stellt man fest, dass sich viele Perspektiven verändern.

Der Punkt ist: Ja, es ist gut, dass wir die Infrastruktur ausbauen. Es ist gut und notwendig, gerade mit Blick auf Schichtmodelle, dass wir auch so etwas wie 24-Stunden-Kitas haben. Aber ich bleibe dabei: Wesentlich intelligenter wäre es, wenn wir auch die modernen Techniken nutzen, damit Eltern von zu Hause aus arbeiten können, wenn wir die Infrastruktur so ausbauen, damit Eltern Arbeitsplätze vor Ort haben und damit nicht jeden Morgen in Deutschland die „Überlandverschickung“ von Kindern quer durch die Republik passiert, nämlich dorthin, wo ihre Eltern arbeiten, damit sie dort in die Kita gehen. Macht doch das Leben für die Eltern entspannter! Dann ist es auch für die Kinder entspannter. Das sollten wir uns als Ziel vornehmen und in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall)

Ich selbst war ganz verblüfft: Das letzte große Familienprogramm hat Angela Merkel 1999 als Generalsekretärin geschrieben: „Lust auf Familie - Lust auf Verantwortung.“ Wir sehen, wie sich Familien heute verändert haben. Wir sind nicht dazu da, zu beurteilen, wie Menschen zusammenleben. Wir sind dazu da, zu beurteilen, ob es den Kindern in diesen Kontexten gut gehen kann und wie wir die Rahmenbedingungen setzen, damit es ihnen gut geht. Wir müssen diese Fragen immer unter dem Stichwort „Kindeswohl“ betrachten. Wir müssen die Frage stellen: Was ist eigentlich familienfreundlich? Nein, wir müssen Familie nicht wirtschaftsgerecht umbauen. Wir müssen die Wirtschaft familienfreundlich machen. Andere Länder in Europa machen uns das vor. Das, liebe Freundinnen und Freunde, wollen wir auf eine neue programmatische Grundlage stellen.

Wenn ihr nachher dem Vorschlag folgt und Silvia Breher zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählt, dann ist mit ihr besprochen, dass es ihre Aufgabe sein wird, gemeinsam mit unseren Familienpolitikerinnen und Familienpolitikern auf der Bundes-, auf der Landes- und auf der kommunalen Ebene genau ein solches neues Programm zu schreiben. Auch das ist moderne Volkspartei CDU. Auch das ist konservative Volkspartei CDU. Denn es gibt nichts Konservativeres als Leben und Kinder zu schützen und ihnen eine gute Zukunft zu geben.

(Beifall)

Vor zehn Jahren haben wir die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen. Ehrlich gesagt: Wir arbeiten noch immer daran. Es wird Zeit, dass wir diese Arbeit nach vorne treiben, damit daraus eine Bildungsrepublik 4.0 wird; denn Bildung ist die beste Zukunftssicherung, die es geben kann.

Aber wie laufen denn die Bildungsdebatten auch in unserer eigenen Partei ab? Wann haben wir denn das letzte Mal über so etwas wie Erziehung, Ideale und Inhalte geredet? Wir sollten nicht nur über kaputte Schultoiletten und darüber reden, wer dafür zuständig ist und wer sie zu bezahlen hat.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich war Ministerpräsidentin und Präsidentin der Kultusministerkonferenz. Ich bin eine in der Wolle gefärbte Befürworterin des Föderalismus. Das, was wir zurzeit im Bereich des Föderalismus, gerade bei der Bildung, auch in unserer eigenen Partei, im Miteinander oder im Nicht-Miteinander abliefern und diskutieren, führt dazu, dass sich mittlerweile 100 Prozent der Eltern in Deutschland wünschen, Bildung wäre eine zentrale Aufgabe des Bundes. Dahin gehört sie aber nicht. Aber es ist unsere Verantwortung, hier endlich ordentlich zusammenzuarbeiten und zu kooperieren.

(Beifall)

Die CDU muss und wird wieder der Ort sein, an dem wir genau diese Fragen diskutieren: Was braucht eigentlich ein Mensch in einem digitalisierten Zeitalter, um ein selbstbewusster und selbstbestimmter Mensch zu sein?

Ich will nicht, dass wir neue Spaltungen in der Gesellschaft haben: die einen, die bei der Digitalisierung durchblicken, und die anderen, die sich manipulieren lassen; die einen, die wissen, warum sie, wenn sie einen Suchbegriff eingeben, zehnmal andere Ergebnisse bekommen als derjenige, der gegenüber sitzt und das Gleiche nachfragt. Ich will, dass Menschen verstehen; denn nur wer versteht, kann nicht manipuliert werden.

Es hat etwas mit unserem C, mit unserem Menschenbild zu tun, dass wir sagen: Wir brauchen starke, selbstbewusste und selbstbestimmte Menschen. Unsere Schulen sind dafür da, dass wir Kinder dort zu solchen Menschen erziehen. Darüber müssen wir in der CDU mit aller Leidenschaft streiten. Das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten auch tun, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das betrifft uns alle. Ich möchte, dass wir in den nächsten Jahren sagen können: Wir haben in Deutschland ein gemeinsam abgestimmtes Bildungsprogramm, das für jede Altersstufe, vom Kindergarten bis zum Abitur, und für jedes Fach genau festlegt, was es mit Blick auf die Digitalisierung an Kompetenzen zu verteilen gibt.

Ich will, dass wir Schulen haben, die vor Ort, in den Kommunen verankert sind, die Lernzentren sind, die für Vereine und Erwachsenenbildung offen sind. Ich will, dass wir Schulen haben, die auch im sozialen Raum verankert sind. Ich will, dass wir an diesen Schulen ein Team haben, in denen der Lehrer, den wir mühsam ausbilden, nicht für alles zuständig ist. Ich will, dass sich Lehrerinnen und Lehrer auf das konzentrieren können, weshalb sie eigentlich den Beruf ergreifen, nämlich Kinder zu erziehen und Kindern etwas beizubringen. Sie sind nicht die Schulsekretärinnen, sie sind nicht der Hausmeister, und sie sind auch nicht die Schulsozialarbeiter. Aber alle diese Funktionen brauchen wir auch an Schulen. Deswegen wird es Zeit, dass wir auch in Deutschland den Weg gehen, den andere europäische Länder schon längst erfolgreich beschritten haben, und mit gemischten professionellen Teams an die Schulen gehen. Das müssen uns unsere Kinder wert sein, liebe Freundinnen und Freunde. Auch dafür müssen wir gemeinsam Politik machen.

(Beifall)

Wir müssen uns wirklich um die berufliche Bildung kümmern. Es gibt kein anderes „Made in Germany“, das so originär und so erfolgreich wie die duale Ausbildung, wie die berufliche Bildung ist. Das sagen wir immer und immer wieder. Das sagen wir überall. Aber wir müssen uns schon sehr selbstkritisch fragen: Leben wir das auch?

Wenn ich Bildungsdebatten verfolge, dann höre ich von Kitas, von allgemeinbildenden Schulen, von Gymnasien und von Hochschulen. Das alles ist auch richtig und wichtig. Aber wann hat denn jemals einer von uns gesagt: „Mein Ehrgeiz ist, dass wir sagen können, in fünf oder zehn Jahren haben wir die modernsten Berufsschulen in ganz Europa. Wir haben die Zentren, in denen wirklich auf der Höhe der Zeit ausgebildet wird? Ich meine nicht die Lehrerinnen und Lehrer – die machen das mit viel Herzblut –, sondern wir brauchen auch die technischen Voraussetzungen dafür. Wir unterstützen unsere Betriebe, dort wo sie Probleme haben, beispielsweise eine gute Ausstattung zu bekommen und auszubilden. Wir müssen sie ermutigen. Die duale Ausbildung ist das A und O. Sie ist eine der Kernachsen unseres Erfolgs. Das ist etwas, was wie kaum eine andere Ausbildung so gut zu uns passt.

Deswegen: Lasst uns endlich die Ärmel hochkrempeln und dafür sorgen, dass berufliche Bildung in Deutschland wirklich wertgeschätzt wird! Lasst uns wirklich etwas dafür machen! Lasst uns diesen Weg gemeinsam gehen!

Liebe Anja, ich bin dir dankbar, dass du gerade in diesem Jahr das Jahr der beruflichen Bildung ausgerufen hast. Aber es muss weitergehen. Wir als CDU müssen unseren Beitrag dazu leisten, und ich glaube, das können wir auch.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir dürfen nie vergessen, dass wir diejenigen sind, die für das Vertrauen in einen starken Staat arbeiten. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Menschen dem Staat vertrauen, dass er sie schützt. Wir haben als starker Staat – auch das gehört zur Bestandsaufnahme des Jahres 2019 dazu - aber Vertrauen verloren. Dieses Vertrauen kann man nicht einfach zurückgewinnen. Man

kann es auch nicht einfach zurückfordern oder mit immer schillernden Forderungen herbeischreien. Man kann es nur durch Überzeugung zurückgewinnen und zurückerarbeiten.

Dort, wo wir Verantwortung tragen, in den Bundesländern – deswegen mein herzliches Dankeschön an all unsere Ministerpräsidenten –, in denen wir Verantwortung tragen, wo wir mit in der Regierung sind - ich schaue auf Thomas Strobl, ich schaue aber auch auf Herbert Reul –, geht das besser als anderswo. Ein starker Staat macht sich nicht von selbst. Er braucht vor allen Dingen eine Regierung, er braucht eine Partei, die sagt: Regeln, die wir haben, sind keine Einladung, ob man sie befolgen will oder nicht. Regeln sind dafür da, dass sie befolgt werden.

(Beifall)

Wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass genau das passiert. Das ist unser Markenkern, liebe Freundinnen und Freunde, und dem müssen wir wieder deutlicher gerecht werden, wie es auch in der Vergangenheit der Fall war.

(Lebhafter Beifall)

Das ist ein ganz wichtiger Punkt, das ist ein ganz wichtiges Signal an diejenigen, die ihren Kopf dafür hinhalten, dass wir geschützt sind, im Inneren und im Äußeren. Deswegen stellt sich die Frage, wie wir die schützen, die uns schützen, wie wir mit denen umgehen, die in ihrem Dienst als Polizeibeamte, als Bundeswehrsoldaten, als Sanitäter, als Feuerwehrleute ihren Dienst verrichten. Wie gehen wir damit um, wenn sie angegriffen werden, wenn sie angepöbelt werden, wenn sie bespuckt werden? Denn das ist in Deutschland leider keine Seltenheit mehr.

Liebe Freundinnen und Freunde, es reicht nicht, nur sonntags zu sagen: Wir sind froh, dass wir euch haben. Nein, es geht auch darum, dass man montags, wenn es darauf ankommt, auch die Konsequenzen daraus zieht. Und das kann nur die CDU. Das kann sonst keine andere Partei. Diese Männer und Frauen, die uns schützen, setzen in besonderer Art und Weise auf uns. Aber wir sind ihnen in der

Vergangenheit nicht immer so gerecht geworden, wie sie es verdient hätten, und deswegen müssen wir das für die Zukunft ganz dringend ändern.

(Lebhafter Beifall)

Für mich als Verteidigungsministerin – das wird euch jetzt nicht wundern – heißt das in erster Linie, dass wir die Verteidigungsausgaben – und das bedeutet letztendlich nicht mehr als eine bessere Ausrüstung für unsere Soldatinnen und Soldaten – erhöhen, so wie wir es im Übrigen auch zugesagt haben. Wer Soldatinnen und Soldaten in Einsätze schickt – und das macht nicht die Ministerin, das macht nicht die Regierung, sondern das macht das deutsche Parlament, das macht der Haushaltsgesetzgeber –, die alles andere als ungefährlich sind, der hat auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, den Haushalt so aufzustellen, dass sie auch so ausgestattet sind, dass sie aus diesen Einsätzen heil und gesund zurückkehren.

(Lebhafter Beifall)

Es geht dabei allerdings auch um Verlässlichkeit. Wir wollen, dass Europa in diesem Bereich stark ist. Wir wissen, dass wir Europa weiter vollenden müssen. Wir müssen den Binnenmarkt weiter voranbringen. Denn nur mit der Marktmacht von 500 Millionen Europäerinnen und Europäern können wir in einem Systemwettbewerb bestehen. Wir wissen das alles.

Es gibt ein Feld, auf dem Europa besser zusammenarbeiten kann und aus meiner Sicht auch besser zusammenarbeiten muss. Das ist die gemeinsame Verteidigungspolitik. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, für uns ist eines auch immer klar: Diese Verteidigungspolitik findet immer im Rahmen der NATO und in einem engen Schulterschluss mit unseren amerikanischen Freunden statt. Dass wir hier heute in Frieden und Freiheit wiedervereint sind, das haben wir auch der NATO, das haben wir auch den Vereinigten Staaten von Amerika zu verdanken. Insofern muss man uns nicht extra daran erinnern, dass wir am 30. Jahrestag des Mauerfalls den Amerikanern dafür danken. Ich möchte das an dieser Stelle ausdrücklich in unserem Namen tun, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Niemand von uns – und das sage ich ganz bewusst als jemand, der am Volkstrauertag mit einer Hinterbliebenen gesprochen hat, die ihren Mann vor wenigen Wochen in Afghanistan verloren hat – will unsere Soldatinnen und Soldaten leichtfertig in einen Auslandseinsatz schicken. Wir wissen, dass sich zum Beispiel in der Sahelzone in Afrika verstärkt islamistische Terroristen ausbreiten. Wir wissen, dass wir dort eine unglaublich große illegale Migration erleben. Daher können wir nicht so naiv sein, zu glauben, dass das uns nichts an. Das, was dort entsteht, ist eine Bedrohung unserer Sicherheit in Europa und auch unserer Sicherheit in Deutschland.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir können uns nicht darauf verlassen, dass in Zukunft immer irgendein anderer sagen wird: Wir gehen da hinein, und wir bekämpfen die Terroristen, und ihr könnt dann irgendwann später kommen. – Das sind Soldatinnen und Soldaten, die Eltern haben, die Kinder haben, die Angehörige haben. Um ihre Gesundheit und ihr Leben macht sich die Verteidigungsministerin oder der Verteidigungsminister Sorgen. Auch das hat etwas mit Solidarität zu tun, und deswegen ist es notwendig, dass wir auch über diese Art der Weiterentwicklung von Verteidigungspolitik sprechen. Das ist kein leichtes Thema, das ist kein populäres Thema. Aber wenn Deutschland für diese Werte seine Rolle in der Welt spielen will, dann muss es an dieser Stelle stärker werden, als es das bisher ist. Auch das ist ein Signal, das vom heutigen Parteitag ausgeht.

(Beifall)

Ich bin gescholten worden für die Initiative in Nordsyrien. Daher will ich an dieser Stelle eines deutlich sagen: Mich treibt die Situation dort um, und zwar nicht nur in den letzten Monaten, sondern schon lange. Das, was wir in Idlib erleben – ich meine zum Beispiel die Kinder, die bei Bombenangriffen ums Leben kommen –, lässt mich nicht unberührt.

Fakt ist, dass mit dem Einmarsch der türkischen Seite, dass mit dem Überschreiten der Grenze auch Völkerrecht verletzt worden ist und dass im Moment niemand eine

Antwort darauf hat, wie es dort weitergehen soll. Wie wir eigentlich dafür sorgen wollen, dass Menschen, die vor dem Regime Assad aus dieser Region geflohen sind, wieder zurückkehren können und nicht in die Hände des gleichen Häschers fallen. Das kann möglicherweise eine Aufgabe sein, die stärker auf die internationale Gemeinschaft, die stärker auf uns in Europa zurückfällt. Und ehrlich gesagt, reicht es mir nicht, dass wir bei unseren Treffen nur sagen: Ja, das ist alles schrecklich, wir sehen das. Aber wir können keine Antwort darauf geben. – Ich möchte, dass Deutschland auch diese Debatten führt. Denn wir müssen sie führen. Schließlich sind es Menschen, sind es Kinder, die unsere Solidarität und unsere Hilfe verdient haben. Auch darum ist es mir bei dieser Initiative gegangen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind Deutschland, das starke Land in der Mitte Europas. Und wir – das steht hier an unserer Wand – sind heute hier, um über die starke Mitte zu reden. Aber was ist eigentlich die starke Mitte in Deutschland?

Vor Kurzem hat ein Sozialdemokrat, als es um das Thema Hartz IV und Sanktionen ging, gesagt, er wolle die Sanktionen abschaffen, er wolle die Menschen ermutigen. Ja, ermutigen wollen wir sie auch. Aber ehrlich gesagt, möchte ich in allererster Linie zunächst einmal die ermutigen, die jeden Morgen um 6 Uhr aufstehen, die ihre Kinder zur Schule schicken, die zur Arbeit gehen, die sich nicht viel leisten. Die ganz normalen Menschen in der Mitte der Gesellschaft sind oft die Familien, die mehr als zwei oder drei Kinder haben. Das sind für uns diejenigen, die in der Mitte stehen, und gerade sie haben es verdient, dass sie ermutigt werden, dass sie sich in unserer Politik wiederfinden. Auch um die geht es. Wir sind eine Partei, die für die ganze Mitte zuständig ist, also nicht nur für die mit dem großen Geldbeutel, sondern auch für die mit dem kleinen Geldbeutel. Auch darum geht es bei der Grundrente: um die, die jahre- und jahrzehntelang gearbeitet haben und am Ende eine verdiente Anerkennung für ihre Lebensleistung brauchen.

(Beifall)

Wenn wir auf die Mitte sehen, dann spüren wir, wie schwer es ist, sie zusammenzuhalten. Wir spüren, wie sich Spaltung breitmacht. Wir erleben, dass

immer alles sofort erledigt werden muss, dass jeder seine Position mit einem Absolutismus vertritt, der kaum noch auszuhalten ist. Wir haben manchmal das Gefühl, dass wir gar nicht mehr in der Lage sind, miteinander einen politischen und demokratischen Diskurs zu führen. Wir sind in einer Situation, liebe Freundinnen und Freunde, in der das Finden von Lösungen und der gute Kompromiss wirklich systematisch schlecht gemacht werden. Aber jede Gesellschaft, die zusammenhält, und jede Demokratie funktioniert nur, wenn man bereit und in der Lage ist, Kompromisse zu schließen.

Ludwig Erhard hat einmal gesagt: Ein guter Kompromiss ist dann gefunden, wenn man den Kuchen so verteilt, dass jeder das Gefühl hat, dass er das größte Stück vom Kuchen hat. Wir haben die unnachahmliche Fähigkeit, selbst dann, wenn wir wirklich das größte Stück haben, so darüber zu reden, als hätten wir das Gefühl, wir hätten nur einen Krümel abbekommen. Kompromisse sind notwendig, das hat nichts mit Weicheiern zu tun. Man ist heute sehr viel schneller radikal, man ist heute sehr viel schneller in den Schlagzeilen, wenn man nur fordert, wenn man sagt, das geht nicht zusammen.

Es ist viel schwieriger, eine Politik von Maß und Mitte zu machen. Es ist viel schwieriger, den Druck von der einen oder anderen Seite auszuhalten. Liebe Julia, Du spürst das im Moment, weil Du genau den Versuch unternimmst, moderne Landwirtschaftspolitik, Tierschutz und Naturschutz zusammenzubringen. Das macht nicht nur Freude und bringt nicht nur Beifall, aber nur so kann Deutschland funktionieren, nur so kann eine starke Mitte funktionieren, nur so können wir das Land bleiben, das wir heute sind. Deswegen: Lasst uns gemeinsam an dieser Mitte arbeiten! Lasst uns Spaltung überwinden, gerade im 30. Jahr, als die große Spaltung in Deutschland mit dem Fall der Mauer überwunden worden ist.

(Beifall)

Das ist nicht nur unsere Aufgabe. Wir können als Politikerinnen und Politiker dazu nur einen kleinen Teil beitragen. Es ist die Aufgabe und das Herzblut von vielen Millionen in Deutschland, die das jeden Tag ehrenamtlich machen. Ich will Euch eines sagen: Diese Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler in Deutschland haben alles

verdient, unsere Unterstützung, und zwar noch besser als bisher. Eines haben sie aber nicht verdient: einen Finanzminister, der sich darüber Gedanken macht, ob Männervereine oder Frauenvereine noch gemeinnützig sein können. Das ist die falsche Zielsetzung, das müssen wir ganz deutlich machen.

(Lebhafter Beifall)

Im Übrigen habe ich das Gefühl, dass das immer diejenigen fordern, die selbst nie in einen Verein gehen würden, weil sie sagen: Wir sind eigentlich viel zu cool, um uns ehrenamtlich zu engagieren. Wir sind aber diejenigen, die für die Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler da sind. Das müssen wir in der nächsten Zukunft auch wieder deutlicher machen; denn ehrlich gesagt: Ein Deutschland in der Zukunft, so wie ich es gerade beschrieben habe, geht nicht alleine mit Hauptamtlichkeit, das geht nur mit viel Herzblut und wenn wir Ehrenamtler haben, die dabei mitmachen. Deswegen wollen wir auch darüber – ich sage das an der Stelle ganz deutlich – im Werkstattgespräch in der nächsten Woche reden, ob wir in Deutschland ein freiwilliges oder ein verpflichtendes Dienstjahr einführen; denn es gibt nicht nur Rechte von Staatsbürgern, sondern es gibt auch Pflichten von Staatsbürgern. Es wird Zeit, dass wir wieder deutlich machen, dass beides in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen muss.

(Beifall)

Ja, wir postulieren für uns, dass wir die starke Mitte sind. Liebe Freundinnen und Freunde, das ist keine Duckmäuserei. Wir sind nicht diejenigen, die es sich bequem einrichten, die kein Profil haben, die sich verzwergeren und die anderen machen lassen wollen. Wir sind diejenigen, die für die starke Mitte kämpfen. Die Mitte stark zu machen, ist das beste Mittel, um die Ränder zu schwächen. Für uns muss gelten, was Michael Kretschmer und viele andere heute gesagt haben: Es kann keine Zusammenarbeit mit den Rändern geben, nicht mit dem linken Rand und nicht mit dem rechten Rand. Das sind wir uns selbst schuldig, und das darf und muss klar sein.

(Beifall)

Da kann die Linke Repräsentanten haben, die noch so harmlos daherkommen: Fakt ist, dass es eine Partei ist, deren Repräsentanten sich bis heute weigern anzuerkennen, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Wenn wir das zulassen, wenn wir das nicht immer wieder in die Debatte einwerfen, dann treten wir ein Stück weit auch das Erbe derjenigen, die unter diesem Unrechtsstaat gelitten haben, mit den Füßen. Das wäre geschichtsvergessen, das dürfen wir nicht machen.

(Beifall)

Wir dürfen nie vergessen: Das ist eine Partei, die ein anderes System will. Sie will keine optimierte Soziale Marktwirtschaft, sie träumt vom Sozialismus. Das ist nicht das, was wir in der CDU wollen. Das ist nicht das, was gut ist für Deutschland. Deswegen bleibt es bei der harten inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Sozialisten und den Kommunisten. Das war immer so, und das bleibt immer so, und das muss auch für die Zukunft immer so bleiben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das gilt auch für die Apokalyptiker von rechts. Ich höre ja immer, wenn sie sagen: Alle anderen Parteien sorgen dafür, dass das christliche Abendland untergeht. Ja, ich habe oft das Gefühl: Das Christliche ist bei denen schon lange untergegangen. Denn wenn man sich dafür entschuldigen muss, dass man menschenfreundlich ist, dass man Menschen rettet, auch aus Seenot, dann ist man nicht mehr in der richtigen Republik, dann ist man nicht mehr in einer Partei, die zu Recht das C im Namen trägt. Auch das dürfen wir nie vergessen. Bei allem, was wir über einen klaren Schutz von Grenzen debattieren, gilt: Menschenfreundlichkeit war immer unser Markenzeichen und muss auch in der Zukunft unser Markenzeichen bleiben.

(Beifall)

Lasst es mich sagen: Es gibt auch in unseren Reihen welche, die sagen: Na ja, vielleicht könnte man ja doch irgendwie und mit wem auch immer zusammenarbeiten. Ich will Euch eine Geschichte erzählen von Erwin Teufel. Als

Erwin Teufel seinen 80. Geburtstag gefeiert hat, hat er erzählt, was er als Jugendlicher, als junger Mann, zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg über die Greueltaten gelesen hat, die Deutsche im Zweiten Weltkrieg angerichtet haben. Er erzählte, dass er erfahren hat, dass sofort nach dem Einmarsch der regulären deutschen Truppen in Polen die Truppen der SS hinterhergegangen sind und in jedem polnischen Dorf den Lehrer, den Pfarrer, den Arzt und die Juden erschossen und ermordet haben. Er hat gesagt, es habe ihn unglaublich lange beschäftigt. Liebe Freundinnen und Freunde, er hat für sich eine Lehre daraus gezogen. Er hat gesagt: Ich weiß, ich kann es nicht rückgängig machen, aber ich weiß auch, dass ich die Verpflichtung habe, dafür zu sorgen, dass sich so etwas nicht wiederholt. Diese Einstellung macht aus uns Christdemokraten. Und diejenigen, die über solche Dinge als einen Vogelschiss in der deutschen Geschichte reden, das sind die von rechts, mit denen wir nichts zu tun haben wollen und nichts zu tun haben dürfen.

(Beifall)

Denn die von rechts beginnen zunächst, die Sprache zu verrohren, den Respekt vor dem Gegenüber zu verlieren, vor demjenigen vielleicht, der woanders geboren ist, der einen anderen Glauben hat, der anders aussieht. Das sind die, die als zweites beginnen, sich nicht mehr um Sachen zu kümmern, und dann Menschen angreifen. Das sind diejenigen, die ein geistiges Klima schaffen, aus dem heraus auch politische Morde, wie der politische Mord an unserem Freund Walter Lübcke, passieren. Deshalb sage ich in aller Ernsthaftigkeit: Das sind die Brandstifter, und wir dürfen nie die Biedermänner sein, die ihnen auch noch die Streichhölzer geben, damit sie den Brand anstecken können.

(Beifall)

Wir sind dann die starke Mitte, wenn wir glaubwürdig sind. Wir sind glaubwürdig in unseren Programmen und glaubwürdig, wenn wir das, was wir in die Programme schreiben, auch leben. Deswegen brauchen wir Köpfe und Gesichter, die dafür einstehen. Und ja, wir sind die Partei, die sagt: Wir sind für alle Menschen da. Wir sind die Partei des Mittelstandes, des Handwerks. Wir sind die Partei derjenigen, die sich in einer Gewerkschaft organisieren. Und wir sind die Partei der Frauen. Aber ganz ehrlich: Schaut einmal in unsere Bundestagsfraktion. Wir haben noch vier

organisierte Gewerkschafter in unserer Bundestagsfraktion; wir haben noch 13 Handwerker in unserer Bundestagsfraktion, die SPD hat im Übrigen 14. Wir haben einen Frauenanteil, der gerade einmal bei 20 Prozent liegt, obwohl die Frauen keine Minderheit in diesem Land sind, sondern mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen. Deswegen kann ich euch nur sagen: Wenn wir so weitermachen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn uns weder die Frauen noch die Gewerkschafter noch die Handwerker wählen. Das können wir nicht zulassen. Das macht uns schwach. Das will ich auch nicht zulassen. Das müssen wir ändern, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ein kleines petit sourire am Rande: Wir haben 80 Juristen in unserer Bundestagsfraktion, das ist so viel wie die FDP-Fraktion an Abgeordneten hat und mehr als Linke und Grüne haben. Also dort sind wir ganz gut aufgestellt; aber bei den anderen Gruppen müssen wir nacharbeiten. Deswegen haben wir eine Satzungskommission vorgeschlagen. Wir wollen dafür im nächsten Jahr verbindliche Regeln. Wir haben Zeit genug gehabt, um zu beweisen, dass wir es auch so können. Es hat nicht funktioniert. Wir werden nur Mehrheiten erreichen, wenn uns insbesondere die Frauen wieder wählen. Dafür müssen wir kämpfen. Das liegt in unserem eigenen Interesse. Das sind keine Almosen, die wir den Frauen geben. Das ist etwas, das Frauen zusteht. Dafür stehe ich, und dafür kämpfe ich, und da muss sich jeder mit mir auseinandersetzen.

(Beifall)

Ich bin eine Vorsitzende für alle Flügel dieser Partei. Ich lasse mich nicht in eine Schublade stecken. Ich bin konservativ, genauso wie ich liberal und sozial bin. Nur wenn alle diese Flügel ihre Flügel ausstrecken können, werden wir als Partei auch wieder in andere Sphären fliegen können. Eines will ich euch auch sagen: Es gibt nicht die Werteunion und die Union der Mitte. Es gibt nur eine Werteunion, und das ist die CDU Deutschlands. Es gibt nur eine Union der Mitte, und das sind wir.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Parteifreunde, wir können stolz auf das Erreichte sein: Die Westbindung, die soziale Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Einführung des Euros, die deutsche Einheit, an der wir festgehalten haben, als andere sie schon längst aufgegeben hatten. Das alles sind große Erfolge. Ich kann nur sagen: Wir haben schon groß gedacht, da lagen andere Parteien noch in den Windeln. Das brauchen wir uns von niemandem vorwerfen zu lassen.

(Beifall)

Aber liebe Freundinnen und Freunde, eines ist auch klar: Ich will nicht die Parteivorsitzende einer Partei sein, die sich großartig findet, weil sie gestern großartig war. Ich will die Vorsitzende einer Partei sein, die sich großartig findet, weil sie großartige Politik für das Heute und die Zukunft macht. Das ist der Anspruch, den ich an mich habe. Das ist der Anspruch, den ich an euch alle habe. Diesem Anspruch müssen wir gerecht werden.

(Beifall)

Wir sind als Union dann stark und stabil, wenn wir in unser Zentrum und in unsere Mitte unseren Leitbuchstaben – ich habe das in Hamburg den Leitstern genannt –, unser C, rücken und darauf unser Menschenbild basiert. Wir sind dann stark und stabil in der Mitte, wenn wir aus den Erfolgen der Vergangenheit die Gewissheit ziehen, dass wir auch in den Stürmen der Zukunft unseren Kurs halten können. Wir sind dann stark und stabil, wenn wir mit unserer Lust auf Zukunft und gestalten der Motor sind, der uns antreibt.

Liebe Freundinnen und Freunde, das Jahr geht zu Ende. Es war und ist kein leichtes Jahr für keinen von uns. Es ist in Teilen nicht so gelaufen, wie ich mir das vorgestellt habe, wie ihr es euch vorgestellt habt. Es war nicht so einfach und wir waren nicht so erfolgreich in den Wahlkämpfen, wie wir alle uns das vorgestellt haben. Deswegen möchte ich an dieser Stelle allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern im Europawahlkampf, Ingo Senftleben und Michael Stübgen in Brandenburg, Mike

Mohring in Thüringen, die in einer ganz schwierigen Situation kämpfen mussten, aber auch Michael Kretschmer und allen, die trotzdem unverdrossen gekämpft haben, ganz herzlich danke sagen. Ich möchte auch Paul Ziemiak als Generalsekretär und Stefan Hennewig als Bundesgeschäftsführer danke sagen. Vielen Dank für eure Unterstützung, auch in den letzten Monaten.

(Beifall)

Ich bin in Hamburg von 51 Prozent gewählt worden; aber ich bin als Vorsitzende für 100 Prozent der Partei gewählt worden. Ich will eine Vorsitzende sein – das nehme ich für mich in Anspruch –, die geradezu daraufhin wirkt und die geradezu dazu aufruft, dass wir Querdenker, dass wir starke Persönlichkeiten im Team haben. Ich will kein schwaches Team um mich herum haben; denn ein schwaches Team schwächt die Partei. Wir wollen die besten und die klügsten Köpfe in dieser Partei, und jeder soll sich einbringen können. Und wenn er eine andere Meinung vertritt als ich, dann ist das lebendige Demokratie. Daran wachsen wir. Ich will, dass diese Union wächst, dass wir stärker werden, als wir es heute sind. Das ist der Anspruch, den ich in diese Partei mit einbringe.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe euch gesagt, wie ich mir Deutschland vorstelle, was ich für dieses Deutschland möchte. Ich habe euch gesagt, wovon ich überzeugt bin. Ich habe euch gesagt, wie der Weg ist, den ich vorschlage. Ich mache euch nichts vor: Der Weg wird nicht immer einfach sein. Es wird vielleicht auch Rückschläge geben.

Ich will an dieser Stelle eines ganz offen sagen: Wenn ihr der Meinung seid, dass dieses Deutschland, so wie ich es möchte, nicht das Deutschland ist, das ihr euch vorstellt, wenn ihr der Meinung seid, dass dieser Weg, den ich gemeinsam mit euch gehen möchte, nicht der Weg ist, den ihr für den richtigen haltet, dann lasst es uns heute aussprechen, und dann lasst es uns heute auch beenden, hier und jetzt und heute. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wenn ihr der Meinung seid, dass ihr dieses Deutschland wollt, wenn ihr der Meinung seid, dass wir diesen Weg

gemeinsam gehen sollten, wenn ihr die gleiche Lust am Gestalten und am Verantworten habt wie ich, dann lasst uns hier und jetzt und heute die Ärmel hochkrempeln und anfangen. – Vielen Dank.

(Starker Beifall – Die Delegierten erheben sich)